

Noch vor wenigen Jahren war bei vielen Christen und auch beim katholischen Episkopat die Haltung vorherrschend, sich entweder aus *politischen Fragen* herauszuhalten oder die jeweilige Regierung zu unterstützen; ein Beispiel dafür bietet der Wahlhirtenbrief von 1974, in dem praktisch nur an diverse Bürgertugenden appelliert wird. Daß sich hier etwas geändert hat, machen *zwei Hirtenbriefe* aus jüngster Zeit deutlich.

Den Putschversuch vom 1. August 1982 nahmen die Bischöfe des Landes zum Anlaß einer Stellungnahme, in der sie sich „schockiert“ darüber zeigten, daß an Raub, Plünderungen und Diebstahl auch „eine beträchtliche Anzahl Leute“ beteiligt waren, „die sich selbst Christen nennen“ (Weltkirche, 8–9/82, S. 4). Ausdrücklich wandten sie sich darum an den Präsidenten und die anderen politischen Führer, sie mögen alles tun, um die Korruption „völlig auszumerzen“ und selbst der Nation ein Vorbild zu sein. Die Kenianer hätten es seit langem gelernt, in einer pluralistischen Gesellschaft zusammenzuleben und sollten deshalb auch in der Lage sein, ein *Programm der Erneuerung* auszuarbeiten, zu diskutieren und durchzuführen.

Noch pointierter werden die Bischöfe in ihrem am 22. August dieses Jahres veröffentlichten Hirtenwort zur Parlamentswahl, in dem vor allem drei Anliegen in den Mittelpunkt gestellt werden: das *Schulwesen*, die *Jugend Arbeitslosigkeit* und das Problem der *Abtreibung*. Nur diejenigen Politiker, die sich „unbeeinflusst von nichtafrikanischen Philosophien“ für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzten, dürften ins Parlament gewählt werden. Die derzeitige Situation im Land sei gekennzeichnet von Unsicherheit, „Uneinigkeit zwischen den Führern, andauernden Finanzskandalen und weit verbreiteter Korruption auf höchster Ebene“.

## Kurzinformationen

Einiges Aufsehen erregte der erste Besuch eines Papstes in der Kirche der evangelisch-lutherischen Gemeinde Roms. Der Besuch – ursprünglich mehr per Zufall als mit fester Absicht vereinbart – fand am 11. Dezember, dem dritten Adventssonntag am frühen Abend statt. Höhepunkt war ein vom lutherischen Pastor der Gemeinde, *Christoph Meyer*, zusammen mit dem Papst gehaltenen Wortgottesdienst, bei dem der Papst von der Kanzel aus predigte, zusammen mit Pastor Meyer die Fürbitten sprach und den evangelischen Gläubigen den Segen spendete. Während der Besuch selbst in einer feierlichen und teilweise herzlichen Atmosphäre stattfand, hatte es im Vorfeld in der Gemeinde selbst und in ihrem Umfeld Kontroversen gegeben. Es gab Bedenken und Widerstände, letztere vor allem bei den italienischen Waldensern, die in der Geste des Papstes eine Vereinnahmung ihrer, der kleinen evangelischen Minderheiten durch das päpstliche Rom sahen. Pastor Christoph Meyer selbst hatte die spontane Bereitschaft des Papstes zum Besuch nicht gerade wohlwollend interpretierend, von einer „Selbsteinladung“ *Johannes Pauls II.* gesprochen. Und auch vom Lutherischen Weltbund in Genf kamen eher gereizte Töne. Der Papst trat bei dem Besuch äußerst

### Stärker durch Straffung?

Mit einer drastischen *Verkleinerung seines Kabinetts* hat Präsident Moi auf das Wahlergebnis reagiert. Durch Zusammenlegung und Neuordnung wurde die Zahl der Ministerien von 28 auf 20 vermindert. Acht bekannte Gesichter fehlen in der neuen Mannschaft: fünf hatten kein Abgeordnetenmandat erhalten, drei in ihren Wahlkreisen erfolgreiche Minister wurden von Moi nicht mehr berücksichtigt.

Neuer Außenminister ist *Elijah Mwangale*, der bisher das Tourismus-Ressort leitete. Der wiedergewählte einzige weiße Abgeordnete, *Philip Leakey*, wurde einer seiner beiden Stellvertreter. Allerdings rangiert der Außenminister protokollarisch erst im Mittelfeld unter den Ministern, was sich auch daran zeigt, daß der bisherige Außenminister *Ouko* ohne Gesichtsverlust jetzt in das Arbeitsressort übergewechselt ist. Wirtschaftsfragen rangieren in einem Entwicklungsplan weit davor, so hat Moi zwei renommierte Bankfachleute in sein Kabinett berufen. Den einen, *George Saitoti*, bisher Chef der regierungseigenen Kenya Commercial Bank, mußte Moi unter Ausnutzung seiner präsidentiellen Prerogative erst zum Abgeordneten ernennen, um ihm Kenias wichtigstes Ressort, das Finanzministerium, anvertrauen zu können.

Nach der Wahl steht Moi genau dort, wo er vorher gestanden hatte, nur in *geschwächter Konstitution*. Vor der Wahl hatte er den Wählern gesagt, daß sie es sein würden, die mit der Wahl über ihre neue Führung entscheiden würden. Die Wähler aber haben mehr oder weniger die alte Führung wiedergewählt. Dieses Votum muß Moi nun respektieren, zwar nicht der Verfassung wegen, aber aus politischer Opportunität.

*Cordelia Seng*

bescheiden auf und hat damit wesentlich zur Entspannung eines noch stark belasteten geschichtlichen Klimas beigetragen. Allerdings vermied er es, auf das Unrecht, das die Päpste den nicht-katholischen Minderheiten in Rom zugefügt haben, direkt einzugehen, sondern beschränkte sich auf die Bemerkung, er wisse um die „schwierige Geschichte“ der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Rom und „um Licht und Schatten ihrer Entwicklung unter den Bedingungen dieser Stadt“.

Die Position des Vatikans zur Abrüstungsfrage legte Kardinalstaatssekretär Casaroli in einem Vortrag in San Francisco dar. Casaroli, der aus Anlaß der Verleihung des Ehrendoktorats an der dortigen Jesuitenuniversität sprach, bezeichnete den Rüstungswettlauf grundsätzlich als Übel, da er auf Kosten der Völkerverwicklung der einzelnen Völker und der ganzen Menschheit betrieben werde. Das Problem der *Atomwaffen* verlange auf jeden Fall und mit absoluter Dringlichkeit eine *besondere Betrachtung*. *Abrüstung* müsse „umfassend, alle Nationen betreffend, ausgeglichen und mit der gegenseitigen Garantie der notwendigen Kon-

trollen ausgestattet sein“. Doch dürfe weder das Problem der atomaren Abrüstung noch das der Abrüstung insgesamt isoliert betrachtet oder angegangen werden. Die Abrüstung erschöpfe das Problem des Friedens nicht, das noch wesentlich andere Inhalte habe. Die These, daß mit dem *Atomzeitalter* wegen der drohenden Selbstvernichtung der Menschheit die Zeit der großen Kriege vorbei sei, beurteilte Casaroli skeptisch. Die Gefahr, daß vorhandene Atomwaffen auch angewendet würden, bleibe. Auch wenn kein Verlaß auf den friedlichen Verlauf atomarer Abschreckung sei, so habe doch die Verhinderung eines Atomwaffenmonopols die Weltherrschaft einer einzigen Macht unmöglich gemacht. Der Kardinalstaatssekretär bekannte sich zu einer („nicht unterschiedslosen“) *Abschreckung*, die als Abwehr von Aggressionen jedenfalls nicht verurteilt werden könne. Das dabei zu beachtende *Gleichgewicht* müsse kein „mathematisches“ sein. Auf jeden Fall aber dürfe die Abschreckung kein Selbstzweck sein. Sie sei tragbar nur als Mittel (zum Zweck der Friedenssicherung). Sie könne nur angewandt werden, um das Schlimmste zu verhindern und Zeit für Verhandlungen zu gewinnen.

**Am 25. November stellte sich der neue Jesuitengeneral der Presse in Rom.** Der Holländer P. Peter Hans Kolvenbach, der am 13. September 1983 auf der 33. Generalkongregation des Ordens zum Nachfolger des durch Krankheit amtsbehinderten Basken Pedro Arrupe geworden ist (vgl. HK, Dezember 1983, S. 540–542), und dem man Scheu im Umgang mit Medien und Öffentlichkeit nachsagt, stand dabei, von den Journalisten mit Neugier und Sympathie empfangen, zusammen mit dem früheren Koadjutor, den Päpstlichen Delegaten und jetzigen Generalberater, Giuseppe Pittau, Rede und Antwort zu Fragen der Lage des Ordens und zu „seinem“ Programm. Entschieden setzte sich Kolvenbach für die Fortsetzung des Kurses seines Vorgängers ein, dessen Leitungsstrategie grundsätzlich richtig gewesen sei. Sie gelte es, jetzt zu *konsolidieren*. Dabei gestand er, defensive Töne vermeidend und eine vermittelnde Position einnehmend, Fehler im einzelnen ein und sprach von „verweltlichten Praktiken“, in denen das Gebet zugunsten einer zu menschlich ausgerichteten Aktivität drangegeben worden sei. Und da und dort habe man sich ein „soziopolitisches Verhalten“ zu eigen gemacht, das nicht immer mit dem Evangelium übereingestimmt habe. Man habe in der Generalkongregation sehr viel Zeit aufgewendet, um die Ursachen für die Fehler aufzuspüren, die im Spätherbst 1981 zur Einsetzung des Päpstlichen Delegaten geführt hatte. Konsolidierung aber wollte Kolvenbach, sich noch einmal zu Arrupe bekennend, nicht statisch, sondern als Prozeß verstanden haben. Man wolle nichts einfrieren, sondern eine neue geistliche Dynamik begründen. Auf die Frage, ob das *Opus Dei* als Lieblingskind des Papstes den Jesuiten inzwischen nicht den Rang abgelaufen habe, antwortete Pittau: Ungezogene Kinder „sien immer noch“ die am meisten geliebten.

**Zu einer Auseinandersetzung um die mögliche Errichtung eines Bistums Genf ist es in der Westschweiz gekommen.** Der protestantische Kirchenrat des Kantons Genf veröffentlichte am 22. November 1983 eine Erklärung (Le Courrier 23. 11. 83), in der er die Pläne zur Errichtung eines Bischofssitzes in Genf, von denen er durch den Bischof von Lausanne-Genf-Freiburg, Pierre Mamie, informiert worden war, ablehnt. „In Treue zu den apostolischen Zeugnissen, in Loyalität zur ökumenischen Bewegung und aus Achtung vor den anderen christlichen Gemeinschaften in Genf sowie der Kirchen in der ganzen Welt, die aus der Reformation hervorgegangen sind“, sei es „nicht sinnvoll, daß eine Di-

özese mit Sitz in Genf geschaffen würde.“ Als theologischer Grund wird angeführt, daß „die politische und zeitliche Funktion des Bischofs, wie sie historisch ausgeübt wird in der Kirche des Westens sowohl durch den Pontifex als einem Staatsoberhaupt als auch durch seinen Vertreter als einem Ortsbischof, weder durch das Neue Testament noch durch die Tradition der Kirche der ersten Jahrhunderte legitimiert“ sei. Die reformierten Kirchen hätten sich ausdrücklich distanziert von einer Konzeption des Bischofsamtes, die oft zum Typ „Fürstbischof“ geworden sei, einer Konzeption, die das Kernstück des hierarchischen Systems der römisch-katholischen Kirche gewesen sei. Aus historischen und politischen Gründen sieht der Genfer Kirchenrat den Glaubensfrieden in Gefahr, wenn die Vorsteher der katholischen Kirche sich zur Schaffung eines Bischofssitzes in Genf entschließen würden, ohne die Bevölkerung des Kantons zu befragen. Bischof Mamie hat inzwischen sein Bedauern über diese Erklärung ausgedrückt (Evangelie et Mission 1. 12. 83, S. 799). Die Art und Weise, wie darin das katholische Bischofsamt dargestellt werde, könne nicht akzeptiert werden, da dies weder der Wirklichkeit noch den Vorstellungen des Zweiten Vatikanischen Konzils entspreche. Die Genfer Initiative löste nicht nur unter Katholiken, sondern auch unter Protestanten in der Schweiz erhebliche Verwunderung aus.

**In einem „Offenen Brief an die evangelischen Gemeinden“ haben evangelische Theologen Kritik an Tendenzen der gegenwärtigen Abendmahlspraxis geübt.** Die sieben Unterzeichner des Briefs (die Theologieprofessoren Lohff, Kretschmar, Rubbach, Schlink, Seitz und Slenczka sowie der Karlsruher Akademiedirektor Böhme) äußern die Sorge, der erfreuliche Aufschwung des Abendmahlsbesuchs in den Gemeinden und bei übergemeindlichen Veranstaltungen könnte dadurch fragwürdig werden, „daß durch Veränderungen der Spendeformel und der Abendmahlsturgie, wie sie sich unbemerkt vollziehen, dem Abendmahl seine Mitte genommen wird: Die Gegenwart Jesu Christi in seinem für alle dahingegebenen Leib und Blut.“ Es müsse schärfer zwischen einem gemeinsamen festlichen Essen in Form einer Agape und der *Sakramentsfeier* unterschieden werden. Es sei ein Irrtum zu meinen, der *Glaube* sei für die Teilnahme am Abendmahl unwichtig, Glaubende und Nichtglaubende könnten gemeinsam feiern. Weiter wird der sündenvergebende Charakter des Abendmahls unterstrichen; es sei ein guter Brauch, daß vor dem Sakramentsempfang gebeichtet werde. Durch eine solche Selbstprüfung werde das Abendmahl nicht zu einer „traurigen“ Angelegenheit. Die Unterzeichner des Briefs beharren auf der Notwendigkeit der Unterscheidung der Abendmahls Gaben von schlichtem Brot und Wein. Man könne nicht die Aussagen der kirchlichen Bekenntnisse über das Abendmahl außer acht lassen oder sie durch Formulierungen ersetzen, die mehr die *soziale Dimension* des Brotteilens betonten. Die Gemeinschaft im Abendmahl beruhe auch nicht in erster Linie auf gegenseitiger Sympathie oder auf solidarischen Auffassungen der Teilnehmer; sie entstehe vielmehr aus der Kraft des Kreuzesopfers Christi. Schließlich wird der ökumenische Aspekt herausgestellt: Weder die katholische Kirche noch die orthodoxen Kirchen könnten sich damit abfinden, daß die Gegenwart Christi in, mit und unter den Abendmahlselementen gezeugnet werde.

**Bei mehreren Synodaltagen evangelischer Landeskirchen in der DDR ging es erneut um Möglichkeiten und Schwierigkeiten des kirchlichen Friedensengagements.** So richtete die mecklenburgische Synode ein Schreiben an die Gemeinden, in dem beklagt

wurde, daß Bemühungen, der Sehnsucht nach Frieden einen eigenständigen Ausdruck zu geben, oft als staatsfeindliche Haltung mißverstanden und disqualifiziert würden. „Dagegen halten wir es für ein ermutigendes Zeichen, wenn Menschen sich von Glauben, Gewissen und Vernunft leiten lassen, auch wenn sie dadurch erhebliche negative Konsequenzen auf sich ziehen.“ Die Synode der *Kirchenprovinz Sachsen* sprach sich am 27. November gegen die angekündigte Aufstellung neuer operativ-taktischer Atomwaffen auf dem Gebiet der DDR aus. Auf der Synode wurde verschiedentlich daran Kritik geübt, daß in der DDR das schulische und berufliche Fortkommen Jugendlicher von ihrer Bereitschaft zur Schießausbildung abhängig gemacht werde. Zu Schwierigkeiten für Schüler und Lehrlinge sei es auch bei kritischem Verhalten gegenüber der DDR-Sicherheitspolitik gekommen. Als „unerlässlich und längst überfällig“ bezeichnete die Synode das wiederholt geforderte, bisher aber nicht zustande gekommene Grundsatzgespräch mit dem Ministerium für Volksbildung über Probleme junger Christen in den staatlichen Bildungseinrichtungen. Das *Klima in den Schulen* werde von vielen christlichen Familien als *belastend* empfunden. Bei den Wahlen zu den Elternvertretungen im Herbst habe es neben positiven Erfahrungen auch viele Fälle gegeben, in denen christliche Eltern nicht einmal zur Kandidatur zugelassen worden seien. Gegen die Aufstellung neuer Raketensysteme in der DDR sprach sich Anfang Dezember auch die Synode der *thüringischen Landeskirche* aus. In seinem Rechenschaftsbericht betonte Landesbischof *Werner Leich*, der Versuch, Sicherheit mit Waffensystemen zu erreichen, deren Einsatz die ganze Schöpfung vernichten würde, könne nicht unter Berufung auf Luthers Zwei-Reiche-Lehre gerechtfertigt werden.

Vom 14. bis 17. November trafen sich die amerikanischen Bischöfe zu ihrer jährlichen Vollversammlung in Washington. Dabei wurde der Bischof von Youngstown (Ohio), *James W. Malone*, zum Vorsitzenden der US-Bischöfskonferenz für die nächsten drei Jahre gewählt. Der scheidende Vorsitzende, Erzbischof *John R. Roach* von St. Paul-Minneapolis, ging in seiner Eröffnungsansprache ausführlich auf das Verhältnis der amerikanischen Bischöfskonferenz zum Vatikan ein. Er gab zu, daß es zwischen Rom und den US-Bischöfen Spannungen gebe; in zahlreichen Fällen seien daran aber Mißverständnisse und Fehleinschätzungen schuld. Erzbischof Roach betonte, daß Kollegialität *keine Einbahnstraße* sei: Es sei zwar Aufgabe der Bischöfe, die Lehre des Papstes in der amerikanischen Kirche zu vertreten, es gehöre aber auch zu ihrer Aufgabe, dem Papst und seinen Mitarbeitern die Erfahrungen und Einsichten der Kirche in den USA zu verdeutlichen. Die Bischöfe verabschiedeten auf der Vollversammlung unter anderem einen Hirtenbrief über Bedeutung und Probleme der „*Hispanics*“, also der stark gewachsenen spanisch-sprechenden Minderheit im amerikanischen Katholizismus. Sie beschlossen außerdem, in den nächsten Jahren einen Hirtenbrief über die *Stellung der Frau in der Kirche* zu erarbeiten. Der Vollversammlung war eine von der Bischöfskonferenz veranstaltete Tagung vorausgegangen, auf der etwa 100 Bischöfe und 50 Frauen über die verschiedenen Aspekte dieses Themas diskutiert hatten. In seinem Bericht über die Arbeit am geplanten Hirtenbrief über den *Kapitalismus* (gegenwärtiger Arbeitstitel: „Katholische Soziallehre und amerikanisches Wirtschaftssystem“) teilte Erzbischof *Rembert Weakland* von Milwaukee den Bischöfen mit, daß die Arbeitsgruppe den ersten Entwurf des Dokuments erst nach den Präsidentenwahlen im Herbst 1984 vorlegen werde. Damit soll vermieden werden, daß die Diskussion über den Entwurf in die Wahlkampfzeit fällt.

In einem gemeinsamen Adventsschreiben haben die Bischöfe der Philippinen scharf das Regime des Präsidenten Marcos kritisiert. Nach dem bischöflichen Schreiben sind die Philippinen gegenwärtig ein Land „am Rande von Chaos und Anarchie“. Zu den Katastrophenfaktoren zählen: unaufgeklärte Verbrechen, die „rücksichtslose Ermordung“ des Oppositionsführers Aquino, Inflation, Korruption, irreführende Propaganda und Lügen im Regierungsbereich und in den Medien. Sie fordern *Versöhnung* als „Alternative zur Fortdauer der augenblicklichen Ungerechtigkeit und Gewalt, die Bruder und Schwester gegeneinander ausspielen würden im Blutbad einer Revolution ...“ Ausdrücklich dringen die Bischöfe auf die *Wiedereinsetzung der Habeas-Corpus-Akte*, auf die Aufhebung der menschliche Grundrechte verletzenden „Unterdrückungsdekrete“ und auf die *Abhaltung freier Wahlen*. Und konkreter werdend und auf das Familienregime des Marcos-Clans anspielend: „Wir fordern eine verfassungsmäßige Lösung für das Problem der *Präsidentenschaftsnachfolge* und ein Ende von Bestechung und Korruption, die die Glaubwürdigkeit der Regierung ausgehöhlt haben.“ Deutlich auf eine der Grundsäulen des Regimes zielend, fordern sie das Militär und die paramilitärischen Kräfte auf, „ihre Loyalität nicht auf eine Einzelperson noch auf sich selbst als Institution, sondern auf das philippinische Volk (zu richten) und der *Wiederherstellung der zivilen Oberhoheit* in Staat und Gesellschaft nicht im Wege zu stehen. Gleich nachdrücklich warnen sie vor bewaffneter Revolution. Die überwiegende Mehrheit des Volkes wolle Frieden. Mit deutlich resignierendem Unterton zitieren die Bischöfe aber auch einen Satz aus der Botschaft der Bischofssynode 1983: „Wir haben den Willen, aber nicht die Macht, die Dinge zu ändern.“

In Nicaragua sind erste Anzeichen für eine außenpolitische Entspannung, aber auch für eine Entschärfung des Konfliktes zwischen Kirche und Staat zu beobachten. Nach dem Abzug von 1200 kubanischen Beratern, denen weitere folgen sollen, und einem Treffen des Mittelamerika-Beraters von Präsident Ronald Reagan, *Richard Stone*, mit dem Junta-Mitglied *Daniel Ortega* haben auch die Bischöfe Nicaraguas den direkten Kontakt mit der sandinistischen Regierung wieder aufgenommen. In einem informellen Gespräch sollen beide Seiten Übereinstimmung darin gezeigt haben, daß Nicaragua auch künftig an der Blockfreiheit festhalten und das Volk „Subjekt und nicht Objekt der Revolution“ sein solle. Die Kirche betonte ihrerseits, daß die sich dem Wehrdienst nur dann widersetze, wenn er die Partei statt das Vaterland stärke. Der Nicaraguanische Gewerkschafter *José Espinoza*, der sich mit einer Gruppe von Oppositionspolitikern Anfang Dezember in der Bundesrepublik aufhielt, machte in Bonn auf die Bedrohung von Priestern und Gläubigen in seinem Land aufmerksam und forderte Meinungsfreiheit für alle gesellschaftlichen Gruppen des Landes. Er vertrat allerdings auch die Auffassung, daß die fortgesetzten Aktivitäten des amerikanischen Geheimdienstes CIA als Aggression gedeutet werden müßten. Der Erzbischof von Managua, *Miguel Obando Bravo*, der mittlerweile zu den schärfsten Kritikern des sandinistischen Regimes gehört, erregte Aufsehen mit seiner Äußerung vor Unternehmern und Politikern in Managua, die Anwendung von Gewalt als letztes Mittel nach Ausschöpfung aller friedlichen Möglichkeiten sei legitim. Zwar sei die Anwendung von Gewalt nicht christlich, wenn aber alle Mittel versagten, müsse Widerstand geleistet werden, um die politische, soziale und ökonomische Situation zu verändern. Gewaltfreiheit sei ein gutes Mittel politischer Auseinandersetzung, „aber hier in Nicaragua zeigt sie überhaupt kein Resultat“. Obandos Äußerungen überraschten, da sie als Ermutigung zur Konterrevolution verstanden werden müßten.